

Armes Deutschland

Hier geht es um die Biersteuer

Ein sogenannter föderativer Staat, der die Länder ihrer Selbstbestimmung beraubt, sei kein wirklicher Bundesstaat, sondern bestenfalls ein dezentralisierter Einheitsstaat. Das bekundete die bayrische Staatskanzlei in einer Denkschrift für ihre Bonner Verbindungsstelle den Zeugnern des kommenden Staates im Parlamentarischen Rat. Und hält ihnen als Beispiel solch einer föderalistischen Verfassung die der UdSSR von 1938 vor. Das Merkmal des wirklichen Bundesstaates sei neben der gleichberechtigten Mitwirkung der Länder bei der Bundesgesetzgebung die Finanzhoheit der Länder. Die schönste Zuständigkeitsaufteilung sei wertlos, wenn die Länder Kostgänger des Bundes würden.

Also folgerten die Föderalisten, an der Spitze Bayern: volle Finanzhoheit für die Länder, das heißt

- Hoheit der Finanzgesetzgebung,
- Steuerertragshoheit
- Finanzverwaltungshoheit.

Gesetzgebung: „Wer das Geld hat, hat die Macht“, sagten Bayerns Vertreter in Bonn. Die Macht wollen die Länder. Der Bund muß sehen, wo er bleibt. Folgen: Unterschiedliche Veranlagungs- und Er-

hebungsgrundsätze, Unterschiede in der Steuerbegünstigung und abweichende Tarife in den einzelnen Ländern.

Steuerstarke Länder wie Hamburg und Nordrhein-Westfalen könnten sich Steuerbegünstigungen für begehrte Unternehmen leisten, um sie auf ihr Wirtschaftsgebiet herüberzuziehen. Eine Abwanderung von wichtigen und gut steuerzahlenden Betrieben aus steuerarmen Ländern wäre das Ergebnis.

Ertragshoheit: Dem Eigenwillen der Länder in der Finanzgesetzgebung würde durch eine eigene Steuerertragshoheit noch die Krone aufgesetzt. Denn wenn das Steueraufkommen überwiegend den Ländern zufließen würde, würden die Steuern „reicher“ Länder nicht in den Ausgleichstopf des Bundes fließen. Die Landesregierungen könnten damit ihr jeweiliges politisches Steckenpferd aufzäumen, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Nordrhein-Westfalen etwa könnte den Kulturretat um ein Vielfaches erhöhen, um die Konfessionsschulen beider Bekenntnisse zu finanzieren, deren Kosten über 100 Prozent höher liegen als die der Simultanschule.

Verwaltung: Länderfinanzverwaltung endlich würde jeden ausgleichenden Einfluß des Bundes von vornherein ausschalten. Der Bund müßte seine Länder ersuchen, ihn doch bitte, bitte, bitte nicht zu kurz zu halten.

Alles in allem: Es würde in der Armut Deutschlands Länder geben, die durch eine geschickte Finanz- und Wirtschafts-

politik sich auf Kosten Deutschlands bereichern könnten: Reiche Länder im armen Deutschland.

Ganz zu schweigen von einem Bundeszwang gegen widerspenstige Länder: Deutsche Politik (einschließlich einzukellernder Kartoffeln) wäre auf das Wohlwollen der Länder angewiesen, von denen Bayern unverhohlene Sympathien für eigene Auslandsvertretungen und den Abschluß auch politischer Staatsverträge (Union Alpine) hegt (wie die Denkschrift der bayrischen Staatskanzlei vom Oktober beweist).

Der Bonner Finanzausschuß setzte sich zusammen und hörte drei Wochen lang Sachverständige.

Bayerns Finanzminister Krauß (CSU) war der einzige, der kompromißlos für die Finanzhoheit der Länder sprach. Zwei-Zonen-Finanz-Hartmann sagte etwas schwächer: „Nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten muß ich Ihnen zur Bundesfinanzverwaltung raten. Aber es stehen staatspolitische Erwägungen der föderalistischen Struktur Deutschlands (Hartmann ist CDU) entgegen, so daß ich mich für die Bundes-Finanzgesetzgebungshoheit und die Bundes-Steuerertragshoheit, aber auch für die Länderfinanzverwaltung aussprechen muß.“ Der Ton lag auf „muß“.

Als die vielen Sachverständigen mit Gegenmeinung gehört waren, standen Gesetzgebungs- und Ertragshoheit nicht mehr zur Diskussion. Sie waren entschieden: Für den Bund. Der Ausschuß beschloß mit einer Stimme Mehrheit (Sozialdemokraten und Liberale) gegen vier Stimmen der CDU/CSU, auch die Bundesfinanzverwaltung vorzuschlagen. Bei einer Stimmenthaltung.

Die Stimmenthaltung brachte den Beschluß zustande. Die enthaltsame Stimme gehörte einem CSU-Mann, noch dazu einem bayrischen: Siegmund Mayr. Er enthielt sich, weil die Argumente der Experten ihn mehr überzeugt hatten als die Ermahnungen seiner bayrischen Fraktionskollegen.

Im Hauptausschuß suchten die Sozialdemokraten eine Koalition mit den ebenfalls einheitsfreudigen Liberalen und dem real-föderalistischen Zentrum. Um so hartnäckiger versteiften sich CDU/CSU auf landeseigene Finanzverwaltung.

So machte sich der Hauptausschuß in offener Kampfstimmung an die Lesung der Finanzartikel. Die SPD war keinesfalls bereit, auf die Bundesfinanzverwaltung zu verzichten. Sie hatte — enormes Zugeständnis — ihr Lieblingskind verstoßen, den Senat, der die Länderkammer der Föderalisten ersetzen sollte. In der Finanzfrage war sie nun unerbittlich.

Es wurde ein erregtes Begräbnis für die Finanzpläne der Föderalisten, Bayern gab Alarm und stellte sich schützend vor seine Reservations- und Privilegienansprüche. Daß Siegmund Mayr stimmberechtigt mit auf der Bank saß, zeigte, daß er bekehrt war. Mit der CDU/CSU entschlossen, eine Einheitsdemonstration zu bieten.

Unter den Ländervertretern sprach für Bayern ein zierlicher alter Herr mit feinen Zügen unter dem grauweißen, kurzgeschnittenen Haar. Mit wienerischer Eleganz begann nach einer formvollendeten Verbeugung Ministerialdirektor Dr. Ringelmann, mit der Courtoisie alter Zeiten und den gepflegten Worten den Standpunkt Bayerns vorzutragen.

Während er wie ein Universitätsprofessor referiert, schlägt von Satz zu Satz die ganze Schärfe der extrem-föderalistischen Haltung der bayerischen Regierung offener durch. Als er bei der Biersteuer angelangt



Lernt von den Bolschewiken!

stand es am Berliner Stadtwahl-Sonntag schlammkreibeweiß auf der Sowjetseite der Bernauer Straße. Die sowjet-französische Sektorengrenze läuft hier im Rinnstein entlang. Auf dem linken Bürgersteig gingen die Westberliner wie überall in den drei Westsektoren zur Wahl, auf dem rechten agitierten Kommunisten mit Flugblättern und kleinformatigen „Vorwärts“-Extraausgaben dagegen. — 86,7 Prozent aller Westberliner gingen trotz kommunistisch-russischer Gegenpropaganda zu den demokratischen Urnen (SPD 64,5 Prozent, CDU 19,4 Prozent, LDP 16,1 Prozent). „Bei uns hat eben Sokolowski gewählt“, hieß es in einem Nordberliner Wahllokal. (Berlin hat sieben deutsche Sokolowskis außer seinem Russen-Marschall. Drei davon stehen im Telefonbuch: Schriftsteller, Glasermeister, Oberhemdenschneider). — Einzelne SED - Rollkommandos versuchten, Westberliner Wahlversammlungen zu stören. Ihre Mitglieder wurden zu den Rettungstellen gebracht (siehe Bild). „Toleranz nur für Tolerante!“ hatte SPD-Chef Franz Neumann gewarnt. — Die West-Weltresse war unter mehrspaltigen Schlagzeilen des Lobes voll für die demokratischen Berliner. „Sie hätten dem deutschen Namen wieder etwas Glanz verlieh“, meinte auch der freiheitliche „Tagesspiegel“.

Ist, ruft er, zum erstenmal selbst erregt: Die Nachricht, daß die Biersteuer nicht an Bayern fallen solle, habe den bayrischen Finanzminister Krauß aufs höchste empört. Wiederholung: Empört. Denn: „Hier geht es um mehr als Kompetenzkonflikte, hier geht es um die Biersteuer!“ Man hat inzwischen den Bayern ihre Biersteuer zugestanden.

Darum bleibt Ringelmann aber doch bei seiner Forderung, die Finanzbeamten müßten „sprachlich zu der zahlenden Bevölkerung passen“ und den bayrischen Bauern dürfe nicht „irgendwer“ (Nichtbayern der Bundesfinanzverwaltung) als Steuereinzahler vor die Nase gesetzt werden. Als Ringelmann schloß, unter einer Bundesverwaltung bleibe den deutschen Ländern nichts übrig als zu sagen: „Ave Caesar — morituri te salutant“), war zunächst Schweigen. Gesamteindruck: Bayern macht ernst. Und vielleicht nicht-mehr mit.

Die Schmidtsche Koalition hielt trotzdem, wie in allen Fragen der Einheit Deutschlands. „Keine Wortmeldung mehr — dann lasse ich abstimmen . . .“ — „ich bitte ums Wort . . .!“ Carlo Schmid schaut ein wenig maliziös und erwartungsvoll auf Bayerns Regierungsvertreter. Es kommt die erwartete offizielle Erklärung des Landes Bayern: Falls in Bonn die Bundesverwaltung beschlossen werde, müsse Bayern sich vorbehalten, daneben eine landeseigene Finanzverwaltung weiterzuführen.

„Ist's Narrheit, hat es doch Methode. Shakespeare, Hamlet“ (Kommentar von Innenminister Walter Menzel, SPD, Nordrhein-Westfalen). Dann: 8 Stimmen der SPD, 2 Stimmen der FDP, 1 Stimme des Zentrums und 1 Stimme der Kommunistischen Partei für die Bundes-Finanzverwaltung gegen 8 Stimmen der CDU-CSU und 1 Stimme der Deutschen Partei. Mayr parierte umsonst.

In zwei Dingen werden Sozialdemokraten und Liberale und sogar Kommunisten zusammengehen: Wenn es um die Einheit des Wirtschaftsgebietes und den einheitlichen Staat geht und wenn der Machteinfluß der katholischen Kirche auf die staatliche Kulturpolitik zurückgewiesen werden soll**).

Nach der Abstimmung erhob sich CSU-Schlöhr und protestierte aufgeregt „im Namen Bayerns“. Höflich fragte Schmid: „Sind Sie bayrischer Regierungsvertreter?“ Auf das erregte Nein: „Aber für wen sprechen Sie dann?“ Etwas verwirrte Schlöhr: „Für die bayrische CSU!“ „Bayern und die CSU sind also dasselbe — wir nehmen das zur Kenntnis.“

LUXUS

Unsere Wähler würden weglaufen

Ich wünsche aufrichtig, daß dem Ansehen der kirchlichen Eminenz kein Abbruch dadurch getan wird, daß sie sich zur CDU-Prominenz gemacht hat“, sagte Minister Spiecker über den Beitritt des „Staatsbürgers Frings“ zur CDU. Aber erst nach seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden des Zentrums. Bevor die 220 delegierten Zentrumsmänner in Essen-Kupferdreh eintrafen, um den ärztlich prophezeiten Schlaganfall Brockmanns durch seine Beurlaubung vom Parteivorsitz aufzuschieben.

*) „Heil Dir Caesar — die Todgeweihten grüßen Dich“ (Spruch der römischen Gladiatoren in der Arena).

**) Das Zentrum ließ bereits erklären, seine positive Gesamteinstellung zur Bonner Verfassung sei in Frage gestellt, weil es zusammen mit CDU und DP im Hauptausschuß bei Kirchen- und Schulfragen überstimmt wurde. Davor schon hatte die CDU erklärt, ihre positive Gesamteinstellung sei durch die Hauptausschuß-Majorität in der Finanzfrage erschüttert. Die Alliierten diskutieren ohnehin Ablehnung.



Hüter der Tradition . . .
Brockmann: Minderheit mit 41

ben, hatte Diplomat Spiecker zu diesem Thema geschwiegen.

Dafür wurde gemunkelt, daß die erzkatholischen Hüter der Zentrumstradition und früheren Oberlehrer Brockmann und Hamacher seiner Eminenz auf dem Wege in den Adenauerschen Hinterhalt folgen würden. Die Dena dienstdrahte eine entsprechende Indiskretion, die rechtzeitig genug den Zentrumsprominenten zugesteckt wurde, um sie von dem publik gewordenen Munkelweg abzuhalten. Die Dena-Meldung lag im Saalbau Riegel auf dem Kupferdreher Vorstandstisch und gab ein stolzes Brockmann-Dementi her.

Der Parteitags-Oeffentlichkeit servierte man die Stricker-Erinnerungen an Frank-

furter Abstimmungskämpfe. „Die Bevölkerung muß sich damit abfinden, daß für sehr viele Waren die Preise nicht gesenkt werden können“, hieß es darin. „Selbst wenn die Produktion auf 150 Prozent des Vorkriegsstandes gesteigert wird, kann eine Wiederherstellung des alten Lebensstandards nicht erreicht werden.“ Aus diesem Grunde stehe das Zentrum den Theorien des Wirtschaftsrates mißtrauisch gegenüber. Es habe sich aber bei verschiedenen Abstimmungen der Stimme enthalten, damit der Wirtschaftsrat überhaupt arbeiten könne.

Fraktionsvorsitzender Stricker ist mit seinen drei Zentrumsmännern von der letzten Reihe des linken Flügels hinter SPD und KPD ein gewichtiger Faktor bei Kampf Abstimmungen. Fraktionsmitglied Rudolf Amelunxen (Ministerpräsident a. D. und Minister in Rheinwestfalen) ist dabei Weichensteller, bekannt als Burgfriedensstifter, sozusagen als Bernadotte des Wirtschaftsrates. Immer wieder versucht er zu vermitteln, damit nicht die beiden starken Flügel des Hauses zu einem doktrinären Stellungskrieg erstarren. Die Stricker-Fraktion möchte lieber einen flüssigen Bewegungskrieg.

Sie stimmte nach der Währungsreform gegen die Planwirtschaft, enthielt sich jedoch beim letzten Mißtrauensantrag gegen Erhard der Stimme. „Um ihn so zu warnen, daß er eine Korrektur gegen die hohen Preise einführen soll“. Wechseln wollte sie den Kapitän auf voller Fahrt nicht.

Typisch war Strickers Verhalten vor dem Wirtschaftsrat. Um eine freie Abstimmung zu verhindern, deren Ergebnis mit Sicherheit Vertrauen für Schlange war, sollte er unter CDU-CSU-Parteidruck „von sich aus zurücktreten“. Stricker forderte eine Entscheidung vor dem Wirtschaftsrat und nicht „in der Dunkelkammer der CDU-CSU“. Er nennt so etwas „den Luxus ständiger innerer Kämpfe, die den Eindruck erwecken, als wenn die eine Partei immer nur auf der Lauer liege, um die andere Partei abzuschließen“.

Nach den Stricker-Erinnerungen hörte die Presse noch Brockmanns Bonner Zentrumsforderung nach Finanzhoheit für den Bund*). Dann klingelte Schulrat Brockmann und die Oeffentlichkeit hatte Pause.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit ging es darum, wer Partei-Primus werden würde. Der alte — Brockmann — sollte und wollte nicht mehr. Er hatte aber noch einen Wunsch, nach einer guten Zensur für seinen letzten Aufsatz, das neue Parteitstatut. Die Soester und Werler Beschlüsse vor drei Jahren, als das Zentrum wiedererstand, geben ihm heute keine Gewähr mehr dafür, daß es seinem Namen und dem seligen Prälaten Kaas treu bleibt. Der undoktrinäre Spiecker, ein enger Freund Strickers und realistischer Flügelmann, war ihm zu sehr für Politik mit „Bruderparteien“ statt für Namenspflege. Nicht kirchlich genug, nur christlich.

Brockmann-Statut samt Verfassungsausschuß wurden vertagt. „Es muß jetzt Schluß gemacht werden. Unsere Wähler würden weglaufen, wenn sie diese Formaldebatte hier hören würden“. Auch Vorstands-Stellvertreter Hamacher konnte mit weltanschaulich-grundsätzlichen Anti-Spiecker-Hieben nichts mehr retten.

Die Delegierten hielten sich lieber an die markenfremen Käsebröte, mit denen Hugo Riegel seine Gäste versorgte. Er ist übrigens darauf angewiesen, denn er hat keine Singspielkonzession für seinen 1500-Mann-Saalbau. Lettow-Vorbeck füllte viel besser, erinnert er sich und für den nächsten

*) Vgl. „Armes Deutschland“.



. . . und frühere Oberlehrer
Hamacher: Minderheit mit 14